



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und  
Beschäftigung -

Bereich Frauen: Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 22. Oktober 2019

Vorlagen-Nr. 19-V-02-8009

**Fachkräftepakt Hebammenausbildung 2020**

---

**Änderungsantrag der Fraktion LINKE&PIRATEN für die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019 zu TOP 6 - 19-V-02-8009 Fachkräftepakt Hebammenausbildung 2020**

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage wird um einen Punkt 3. wie folgt ergänzt:

Der Magistrat möge prüfen, ob es rechtlich zulässig ist, in die Ausbildungsverträge mit den künftigen Hebammen eine Verpflichtungserklärung aufzunehmen, die die Hebammen nach erfolgreicher Ausbildung verpflichtet, in Wiesbaden beruflich tätig zu werden

---

**Beschluss Nr. 0095**

- I. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
  1. die Landeshauptstadt Wiesbaden im Ausbildungsjahrgang 2020 einen Fachkräftepakt Hebammenausbildung auflegt. Das Ausbildungsplatzkontingent wird im Rahmen dieses Fachkräftepaktes um sieben zusätzliche Hebammenausbildungsplätze auf 25 angehoben. Die kalkulierten Kosten belaufen sich auf insgesamt 493.500 €, wovon 388.500 € aus Mitteln des Dezernats II und 105.000 € aus Mitteln des Gesundheitsamtes bestritten werden.
  2. Die für den Fachkräftepakt Hebammenausbildung benötigten Mittel stehen
    - 2.1 bei Dezernat II auf dem IA 300116 zur Verfügung und sollen auf den Innenauftrag 104302 Fachkräftepakt Hebammenausbildung umgesetzt werden.
    - 2.2 beim Gesundheitsamt auf dem IA 100379 zur Verfügung und sollen auf den Innenauftrag 104302 Fachkräftepakt Hebammenausbildung umgesetzt werden.

3. Der Magistrat möge prüfen, ob es rechtlich zulässig ist, in die Ausbildungsverträge mit den künftigen Hebammen eine Verpflichtungserklärung aufzunehmen, die die Hebammen nach erfolgreicher Ausbildung verpflichtet, in Wiesbaden, für einen begrenzten Zeitraum, dessen maximale Dauer noch festzulegen ist, beruflich tätig zu werden.
- II. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob es grundsätzlich möglich ist, den Ausbildungshebammen während des Externats, eine Vergütung zur Verfügung zu stellen.

(Ziffer I. 1. und 2. antragsgemäß Magistrat 15.10.2019 BP 0881, Ziffer I. 3. Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten in geänderten Form und Ziffer II. ergänzt durch den Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22.10.2019)

## Tagesordnung II

Wiesbaden, .10.2019

Schuchalter-Eicke  
Vorsitzende